

Dez. 19. 1908.

An das Schweizerische Handelsdepartement

in

Bern.

Hochgeachteter Herr Vizepräsident,

Der neuerwählte Präsident, Herr Taft, hat vor einigen Tagen an einem Bankett in New York neuerdings erklärt, die republikanische Partei sei durch das vor den Wahlen aufgestellte Parteiprogramm verpflichtet, eine ernstgemeinte Revision des Tarifs vorzunehmen, und er wolle, was an ihm liege, dazu tun, dass diese Verpflichtung erfüllt werde. Es ist das vierte Mal, dass er eine solche Erklärung abgibt, und Niemand kann an seinem guten Willen zweifeln.

In der zweiten Hälfte des März wird er eine Extrasession des Kongresses zur Beratung des neuen Tarifs einberufen, und man ist überzeugt, dass er ein Zollgesetz, das er nicht für genügend erachten sollte, mit seinem Veto belegen würde. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Herr Cannon, hat sich nach langem Verhandeln gefügt und ist bereit, an der Revision mitzuwirken. Als Vorbereitung hält nun der zuständige Ausschuss des Hauses seit mehreren Wochen öffentliche ^Vehöre ab, bei welchen alle Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft und des Importhandels ihre Meinungen kundtun können. Es ist höchst ergötzlich



zu beobachten, mit welchem Pathos jede Industrie versichert, sie selbst brauche nicht nur den jetzigen Zoll, sondern noch einen viel höheren, der Nachbar aber könne wohl eine Zollreduktion aushalten. Einige Importeure fremder Waaren wurden auch vernommen, machten aber nur wenig Eindruck. Diese ganze mit grossem Leitaufwand veranstaltete Enquête verlief ziemlich ergebnislos und ist offenbar für den äusseren Schein berechnet. Die eigentlichen Informationen werden aus besseren Quellen bezogen. Auch liegt die schliessliche Entscheidung über diese Fragen faktisch im Senat. Bei einem Diner der Presse, dem ich beiwohnte, wurde ein humoristisches Gedicht über die Ausarbeitung des Tarifs und die zukünftige Höhe der Zölle vorgetragen, dessen Strophen jeweilen mit dem Refrain endigten: "Wer kann das wissen? Nelson Wilmarch Aldrich." Senator Aldrich war anwesend und lachte. Es lässt sich jetzt schon sagen, dass er, wie schon beim Dingley Tarif, auch diessmal weitaus den grössten Einfluss auf die Gestaltung des neuen Tarifs ausüben wird. Dabei wird er Rücksicht nehmen: auf die Wünsche des Präsidenten, auf die öffentliche Meinung und auf die bekannten speziellen Interessen, die er vertritt. Der Werdegang eines Tarifgesetzes zeigt wie das möglich ist. Der erste Entwurf wird von der zuständigen Kommission im Repräsentantenhaus eingebracht und dort in Folge der eisernen Regeln der Geschäftsordnung vom Sprecher fast ohne Widerspruch und ohne Prüfung durchgesetzt. In ganz rohem Zustande (der Entwurf der Dingley Bill wimmelte von sinnverwirrenden Zahlenfehlern und im gedruckten Dokumente waren ganze Seiten ausgelassen), gelangt er an den Senat. Im zuständigen Senatsausschuss wird er ganz umgewandelt, und hier kommen Aldrich's Kenntnisse, seine Arbeits-

kraft, seine Gewandtheit und Geschicklichkeit in der Ausgleichung der Gegensätze zur vollen Geltung. Da die Sprechfreiheit des Senates nicht geknebelt ist, so können in dieser Körperschaft längere Beratungen stattfinden. Das neue Machwerk geht endlich an das Konferenzkomitee. In diesem sitzen die wichtigsten Mitglieder der Kommissionen der beiden Häuser. Hier erst erhält das Gesetz seine endgültige Form und im letzten Augenblicke können noch einschneidende Modifikationen vorgenommen werden. Die Beschlüsse des Konferenzkomitee's werden nahtlos von beiden Häusern meistens ohne Diskussion angenommen. Dass unter diesen Umständen die jetzige Enquête nur sehr wenig bedeutet, ist klar. Einigen New Yorker Importeuren schweizerischer Waaren, die mich um Rat frugen, habe ich empfohlen, sich vorläufig reservirt zu verhalten, da ihre jetzigen Aussagen vor der Kommission möglicherweise gegen sie verwendet werden könnten. Doch riet ich ihnen, sich zu vereinigen, und einen gewandten, mit ihrer Branche vertrauten Mann, der aber Amerikaner sein muss, hieher zu schicken, mit der Aufgabe den Gang der Dinge zu verfolgen, direkt mit den Kongressmitgliedern in Berührung zu bleiben und etwaigen falschen Darstellungen und Uebertreibungen entgegenzutreten.

Ueber das wahrscheinliche Resultat der Revision ist natürlich jetzt noch nichts sicheres zu sagen. Es kann sich nur um Vermutungen handeln. Von einem Minimal und Maximaltarif, der ursprünglich gewiss schien ist man zur Zeit eher abgekommen. Doch kann wieder ein Wechsel eintreten und jedenfalls ist anzunehmen, dass gewisse Differentialbestimmungen getroffen werden um die andern Staaten zur Gewährung der Meistbegünstigung zu zwingen. Der

Hauptwunsch des künftigen Präsidenten , Freihandel mit den Philippinen, wird wohl erfüllt werden, immerhin mit der Bestimmung dass die zollfreie Einfuhr von Zucker und Tabak auf eine bestimmte Quantität beschränkt wird. Für die Schweiz bedeutet das eine Benachteiligung ihres Handels mit dieser Inselgruppe und es wird nicht an Klagen der in Manila etablirten Schweizer Häuser fehlen. Den Zeitungen wird wohl die Konzession der zollfreien Einfuhr von Holzbrei (woodpulp) zur Fabrikation von Papier zugestanden werden müssen. Dem Präsidenten und der Erhaltung der Wälder zuliebe dürfte der Zoll auf Holz abgeschafft werden. Die Agitation der Schuhfabrikanten für zollfreie Einfuhr von Häuten und Rohleder scheint auf Erfolg zählen zu können. Auch der Zoll auf Stahl wird herabgesetzt werden, nachdem sogar der Steeltrust sich nicht dagegen erklärt hat. Aber der Zoll soll hoch genug bleiben um eine Einfuhr aus Europa auszuschliessen. Ueberhaupt wird der Grundsatz , dass fremde Waaren zu Gunsten der einheimischen fernzuhalten sind, bei der Festsetzung der neuen Zölle der leitende bleiben. Vom Protektionismus will in der republikanischen Partei Niemand, auch der künftige Präsident nicht, abweichen. Die Partei ist darauf eingeschworen. Der Begriff der "ehrlichen Revision", die Herr Taft befürwortet, schliesst in sich die Erleichterung der Einfuhr gewisser Rohprodukte , die Ausmerzung obsoleter Bestimmungen des jetzigen Gesetzes , die Herabsetzung der Zölle auf Waaren , für die ein Monopol sich auszubilden droht, und im Allgemeinen ein Hinuntergehen auf die Grenze, die dem amerikanischen Produzenten die Konkurrenz mit den ausländischen Fabrikanten gestattet. Letzteres zu dem Zwecke , um die Erzielung übermässiger Gewinne einzelner zu verhindern und dem Consumenten einen

billigeren Bezug notwendiger Verbrauchsgegenstände zu sichern. Herrn Taft liegt ferner die Hebung des Verkehrs mit den amerikanischen Besitzungen, speziell, wie oben erwähnt, den Philippinen, besonders am Herzen. Andererseits werden die Gesetzgeber die Tatsache nicht aus den Augen verlieren können, dass die Staatsfinanzen ein erhebliches Defizit aufweisen, welches sich für das letzte Jahr auf 58 Millionen Dollars belief und für das Laufende 114 Millionen betragen soll. Daher ist ein Ausgleich zu suchen, und die Einfuhr von Luxusartikeln wird kräftiger erhalten müssen. Z.B. soll der Zoll auf Automobile stark erhöht werden.

Für die schweizerische Einfuhr stehen die Aussichten nicht besonders günstig. Die Seidenimporteure werden es vielleicht durchsetzen, dass ein Gewichtszoll an Stelle des Wertzolles tritt. Aber die Uhren, die Stickerei, die Käse müssen froh sein, wenn es bei den alten Zöllen verbleibt.

Die Stellung der Gesandtschaft ist eine gegebene. Die grösste Reserve ist am Platze. Jeder Schein eines Versuches massgebende Persönlichkeiten beeinflussen zu wollen, wäre verderblich, und würde geradezu entgegengesetzte Folgen haben. Man ist hier ganz besonders empfindlich gegen die Einmischung Fremder in sogenannte innere Angelegenheiten. In meinem ziemlich regen Verkehr mit Kongressleuten und Senatoren enthalte ich mich streng jeder Bemerkung über den Tarif, selbst wenn sie davon anfangen. Höchstens gestatte ich mir bei besonders guten Bekannten einige allgemeine Fragen.

Die Tätigkeit der Gesandtschaft wird erst beginnen können wenn einmal der Zolltarif feststeht, was nicht vor Mitte Juni zu erwarten ist. Dann wird es sich darum handeln, der Schweiz

alle Vorteile zu sichern , die irgend ein anderes Land geniesst.
Die jetzigen Beamten des Staatsdepartementes sind alle von dem
Bewusstsein durchdrungen , dass die Schweiz den Vereinigten
Staaten das grösste Entgegenkommen bewiesen hat, und dass sie
daher besondere Berücksichtigung verdient. Aber mit dem neuen
Regime werden neue Männer einziehen, die nichts von früheren
Begebnissen wissen, und man wird sie nicht oft genug an den
Beschluss des Bundesrates vom 30 Juni 1945 erinnern können.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Vizepräsident,
die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der schweizerische Gesandte :